

Vorwort:

1918/19 - Krieg, Revolution, Räte und Reaktion – revolutionäre Zeiten auch in Aschaffenburg

Vor 100 Jahren ereignete sich der denkwürdige Versuch einer grundlegenden, revolutionären Neugestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Deutschen Reich und damit auch in Bayern nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Kaiserreichs. Er begann im November 1918 und endete 1919 im gesamten Deutschen Reich – mit der gewaltsamen Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte sowie der von ihnen gestützten Räteregierung in Bayern. Während dieser Prozess in München nach kurzen, aber heftigen Kämpfen zwischen Anhängern und Gegnern der Räterepublik blutig verlief und Hunderte von Todesopfern forderte, endete der Versuch einer Revolution und Räteherrschaft in Aschaffenburg ohne Blutvergießen: Die führenden Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates wurden wegen Beihilfe zum Hochverrat angeklagt und zu Festungshaft verurteilt.

Die Geschichte vom „kurzen Traum“ der Räteherrschaft in Aschaffenburg war Thema einer Ausstellung 2009 im Aschaffener Rathaus. Die erste Auflage dieses Buches war ein Ergebnis dieser Recherchen ab 2008. Neue Details und zusätzliche Unterlagen über die damaligen Vorgänge und handelnden Personen haben die Verfasser und Herausgeber Carsten Pollnick und Johannes Büttner veranlasst, eine erweiterte und überarbeitete zweite Auflage dieser Publikation vorzulegen. Wenden wir uns nun der revolutionären Geschichte zu und versetzen uns in die revolutionäre Zeit vom Ende des Jahres 1918 bis zum Frühjahr 1919.

Die deutsche Bevölkerung war auf die Niederlage im Ersten Weltkrieg nicht vorbereitet. Noch Anfang 1918 verkündete Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, Chef des Generalstabes des Heeres wider besseres Wissen, Deutschland könne den Frieden mit einem Sieg krönen („Siegfrieden“). So überraschte dann auch die Schnelligkeit des Zusammenbruches des ausgebluteten, in jahrelangen Stellungskriegen zu Tode erschöpften deutschen Heeres alle – bis auf wenige an der Spitze des Staates und der Armee, die es besser wussten. Jetzt gingen Millionen kriegsmüder, ausgehungertes Menschen auf die Straße, radikalisiert durch den – alles andere als unbegründeten – Verdacht, der Krieg sei geführt worden, um Klasseninteressen und monarchistische Machtinteressen zu verteidigen. Deutschlands Jugend verblutete auf den Schlachtfeldern, Hunderttausende kamen als Krüppel in ihre Heimat zurück. Diese Jugend – vor allem Männer – desillusioniert und des Mordens müde waren dann auch die Träger des revolutionären Umsturzes. Sie waren bereit, den seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie propagierten Sturz der Monarchie und die Gründung einer Republik radikal und ohne Kompromisse umzusetzen.

Die „Novemberrevolution“ begann mit der Befehlsverweigerung der Kieler Matrosen, die sich weigerten, die englische Flotte in einer letzten, selbstmörderischen Schlacht anzugreifen. Von Norddeutschland kommend setzte sich der Aufstand fort und wurde am 7. November in München zur Revolution, führte zum Sturz der Monarchie der Wittelsbacher¹ und zur Ausrufung des Freistaates² unter Kurt Eisner. Am 8. November erfolgte die Ausrufung der Republik in Berlin und der Sturz Kaiser Wilhelm II. der sich im gepolsterten Salonzug auf den Weg ins niederländische Exil nach Doorn machte. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen die Macht in der Hauptstadt und in München.

Unruhe herrschte auch in Aschaffenburg bereits am Freitag, dem 8. November 1918. Da keine Zeitzeugen mehr befragt werden können, bleiben nur die Berichterstattungen in den Aschaffener Zeitungen und einige Archivalien als einzige Quellen zu den sich anbahnenden Ereignissen. Danach kam es am „Scharfeck“ zu einer Demonstration, auf der das USPD-Mitglied Peter Pfarrer zum „Marsch auf das Rathaus“ aufforderte, wo gerade der Wohlfahrtsausschuss unter Leitung des rechtskundigen ersten Bürgermeisters/Oberbürgermeisters³ tagte. Mit rhetorischem Geschick verhinderte das Stadtoberhaupt eine Revolte. Auch die anwesenden Führer der USPD, Adam Eisenhauer, und der MSPD, Oswald Lauer, plädierten für Wahrung von Ordnung und Ruhe.

Einen Tag später, am Samstagvormittag demonstrierten Bürger mit einem Umzug durch die Stadt, am Nachmittag konstituierte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat (ASR), paritätisch zusammengesetzt aus zwölf Zivilisten und zwölf Soldaten. Am Abend besetzte schließlich der Rat das Rathaus; „Ruhe und Ordnung“ wurde von allen Seiten gefordert. Parallel dazu wurde dem Wohlfahrtsausschuss mitgeteilt, „daß wichtige Maßnahmen ohne Wissen des ASR nicht mehr getroffen werden dürfen“, gleichzeitig aber bestätigt, dass „niemand daran denke, irgend einen Beamten [. . .] zu entfernen“, was auch für die Polizei galt. Allerdings verlangte der ASR als Gegenleistung, dass sich alle Behörden ihm unterstellen, was formell auch geschah; unabhängig blieb dagegen die Rechtsprechung. Dies bedeutete, dass die monarchistische Bürokratie unangetastet blieb und die republikanische Umwälzung bremste.

Der ASR bildete Kommissionen für alle Bereiche des öffentlichen Lebens in der Stadt. Allerdings konnten auch sie kaum eine Verbesserung der Lebensbedingungen schaffen, so dass schon bald eine Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität entstand, die einen Konflikt zwischen den städtischen Behörden und der Bevölkerung provo-

¹ Die Wittelsbacher sind ein Herrschergeschlecht, benannt nach der Stammburg Wittelsbach (seit 1115/1120). König Ludwig III. musste 1918 abdanken. Zur Geschichte des Geschlechtes vgl. BOSL, Karl: Bayerische Geschichte. 6. Auflage, München 1979, S. 117ff.

² Ein Freistaat ist ein Staat ohne monarchisches Staatsoberhaupt (König).

³ Obwohl die Stadt Aschaffenburg die laut Gesetz geforderten 50.000 Einwohner in dieser Zeit nicht hat, darf Dr. Wilhelm Matt den Titel „Oberbürgermeister“ tragen; der Grund: Der ihm 1911 von Prinzregent Luitpold verliehene Rang eines „Königlichen Hofrates“ ist mit der amtlichen Bezeichnung „Oberbürgermeister“ verbunden.

zierte; der ASR stand in der Kritik. Vom „Hauptquartier“ in München kamen jedoch mutige Anweisungen, die unter anderem forderten, mehr „Aufklärung unter die Massen zu bringen, daß sich dieselben kampfbereit halten müssen.“

Der Aschaffenburg ASR reagierte nach dem Mord an Eisner am 21. Februar 1919 mit einer Protestkundgebung im Stadttheater, wo die Ereignisse in München als „Konterrevolution“ und der Versuch der Wiedererrichtung des „alten verrotteten Systems“ bezeichnet und verurteilt wurden. Rudolf Hartig, Vorsitzender des ASR als Nachfolger von Oswald Lauer, verlangte vehement die Beibehaltung der „Herrschaft des Proletariats“ und rechtfertigte den Sturz der „seitherigen zu Unrecht bestehenden kapitalistischen Vorherrschaft“. Die Folge zwei Tage später: Ein zweiter Aufstand in Aschaffenburg mit der Verhängung des Belagerungszustandes und der Vorzensur. Um Protesten in der Bevölkerung vorzubeugen, ließ der ASR über die Presse verkünden: „Es wird vielfach verbreitet, daß die Verhängung des Belagerungszustandes eine willkürliche Maßnahme des Arbeiter- und Soldatenrates Aschaffenburg sei. Demgegenüber sei festgestellt, daß dies auf Anordnung vom Zentralrat in München geschehen ist, daß ebenso die Verhängung der Vorzensur vom Zentralrat für Aschaffenburg-Stadt und Land verlangt wurde; dazu werden ihn wohl besondere Gründe gezwungen haben. Der hauptsächliche Grund dürfte wohl in den Plünderungen gesehen werden [. . .]. Wir richten hiermit nochmals an die Bevölkerung den dringenden Appell, sich den getroffenen Anordnungen zu fügen, damit unliebsame Vorkommnisse vermieden werden.“ War dies ein letzter Versuch zur Rettung des Rätessystems, nachdem die „Führerpersönlichkeit“ Kurt Eisner nicht mehr lebte?

Nach der Ermordung des amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten kam eine Phase des Kampfes um mehr Einfluss der Räte gegen eine nur parlamentarische Form der Republikführung. Die am 11. März eingesetzte neue Regierung Johannes Hoffmann stand für die parlamentarische Linie, der Zentralrat der bayerischen Republik mit Ernst Toller, Gustav Landauer, Erich Mühsam für die Macht der Räte.

Am 7. April 1919 gründeten der Mehrheitssozialist Ernst Niekisch, die Unabhängigen Sozialdemokraten Fritz Soldmann (Schweinfurt), August Hagemeyer, Gustav Paulukum und Franz Lipp sowie die Anarchisten und Pazifisten Erich Mühsam, Gustav Landauer und Ernst Toller auf Beschluss des Rätekongresses die „bayerische Räterepublik“. Die Regierung Hoffmann wurde für abgesetzt erklärt, musste nach Bamberg ausweichen und bezog mit einigen verbliebenen Kabinettsmitgliedern das Bamberger Rathaus. Von dort aus organisierte Hoffmann den Sturz der Räteregierung.

Die Akzeptanz dieser Räteregierung und der Anschluss verschiedener bayerischer Städte an die Räterepublik sowie deren lokale Ausgestaltung hing „von der Initiative

einzelner Männer mit charismatischen Erscheinungsbild ab.“⁴ Das gilt für München für die oben genannten Mitglieder von MSPD, USPD, Kommunisten und Anarchisten. Ähnlich für Würzburg für den KPD-Vorsitzenden Anton Waibel, für Schweinfurt für Fritz Soldmann (USPD) und für Aschaffenburg für die aus München angereisten Fritz Sauber und August Hagemeyer (beide USPD) sowie Georg Kandelbinder (MSPD). „Diese unvollständige Liste zeigt die Teilnahme von Mitgliedern aller drei sozialistischen Parteien und unorganisierter Linksradikaler an der bayerischen Räterepublik-Bewegung.“⁵

Das Ende dieser ersten „bayerischen Räterepublik“ begann sich schon bald nach ihrer Ausrufung am 7. April 1919 abzuzeichnen. Die Hauptgründe dafür waren mangelnder Rückhalt in der Bevölkerung, insbesondere in den ländlichen Räumen und die Schwierigkeit der Regierung nach der Ermordung Eisners, die Versorgung der Bevölkerung auch nur annähernd sicherzustellen. Hinzu kamen Widersprüche und Unklarheiten innerhalb der Regierung und der Arbeiter- und Soldatenräte über ihre Ziele und die zu ihrer Erreichung richtigen Methoden. Diese Schwäche der Führung der Räterepublik übertrug und verstärkte sich auf dem Wege in andere bayerische Städte. Die Geschehnisse in Aschaffenburg spiegeln diese bayernweit in ähnlicher Weise wider und sind nachvollziehbar.

Weitgehend sich auf Anweisungen seitens der Münchener Räteregierung beziehend, agierte der Aschaffener Arbeiter- und Soldatenrat eher vorsichtig und abwartend. Die Führung der städtischen Exekutive blieb beim ersten rechtskundigen Bürgermeister Dr. Wilhelm Matt. Der ASR regierte neben dem Stadtoberhaupt durch Anordnungen und teilweise auch durch Zensur mit Unterstützung von Soldaten. Er versuchte durch Verhandlungen und das Eingehen von Kompromissen gegenüber dem Oberbürgermeister an Einfluss zu gewinnen. Diese Art „Doppelherrschaft“ gelang ihm allenfalls in der Anfangsphase der revolutionären Umbrüche im November 1918 und kurzzeitig nach Ausrufung der „bayerischen Räterepublik“ am 7. April 1919.

Der endgültige Machtverlust des ASR und seines Revolutionären Aktionsausschusses (RAA) in Aschaffenburg begann am 9. April, als das 2. Jägerbataillon seine Zusammenarbeit aufkündigte und sich gegen die Räterepublik stellte. Auf Druck des Generalkommandos in Würzburg löste sich der RAA am 11. April auf. In der Phase der zweiten Räterepublik vom 13. April bis zum 2. Mai war die Doppelherrschaft von Räten mit dem Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung in Aschaffenburg schon am Ende.

Am Palmsonntag, den 13. April, verhafteten Teile der „republikanischen Schutztruppe“ im Auftrag der Regierung Hoffmann einige der Führer der ersten Räterepublik

⁴ SELIGMANN, Michael: Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919. Reihe Libertäre Wissenschaft, Band 8. Grafenau-Döflingen 1998, S. 49.

⁵ Ebenda.

darunter auch Erich Mühsam, Georg Kandler sowie Fritz Soldmann und erklärten die Räteregierung für abgesetzt. Dieser Palmsonntagputsch wurde von den revolutionären Soldaten in München niedergeschlagen und in Folge wurde die zweite Räterepublik unter Eugen Leviné und Max Levien, beide KPD, durch den Zentralrat der Räte in München ausgerufen. Dies war die Phase der „kommunistischen“ Räterepublik.

Was folgte war ein Bürgerkrieg, der in der Niederschlagung der Räterepublik durch Reichswehr, nationalistische Freikorps und Gebirgsschützen-Kompanien – gerufen von der nach Bamberg ausgewichenen parlamentarischen Regierung Johannes Hoffmann (SPD) und im Auftrag der SPD-Regierung in Berlin unter Reichwehrminister Gustav Noske (SPD) – mit offiziell 412 toten revolutionären Soldaten und Arbeitern am 2. Mai 1919 enden sollte. Heute spricht die Geschichtsschreibung sogar von rund 2000 Opfern – vor allem auf Seiten der Räterepublikaner die meist standrechtlich erschossen oder auf andere Weise ermordet wurden!

Nach dem Einmarsch von Regierungstruppen in München am 2. Mai 1919 und der daraus resultierenden Auflösung der Räterepublik wurden die Anführer des Aschaffener Arbeiter- und Soldatenrates am 13. Mai 1919 verhaftet und wegen Beihilfe zum Hochverrat angeklagt und verurteilt, darunter Rudolf Hartig zu zwei Jahren, Jean Stock zu einem Jahr und sechs Monaten, Stefan Eser und Peter Pfarrer zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft. Trotz der Ausschaltung der Führungspersonen bestand der Aschaffener Arbeiter- und Soldatenrat noch bis zum 20. August 1919, dann löste er sich auf.

„Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte waren Übergangsorgane von der Revolution bis zur neuen Staatsform. Durch die Wahlen zum Reichs- und Landtag, Bezirks- und Kreisrat und durch die Annahme der Landes- und Reichsverfassung ist die politische Tätigkeit der Arbeiterräte beendet. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiterräte ist durch die Bekanntmachung des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 22. April 1919 und vom 31. Mai 1919 durch die Betriebsräte ersetzt und deren Aufgaben festgelegt.“⁶

Die selbst gewählte Definition der Arbeiter- und Soldatenräte als „Übergangsorgane [...] zur neuen Staatsform“ in der Erklärung des Aschaffener ASR beschreibt – vielleicht ungewollt, aber zutreffend – ihre Funktion und kurzzeitige Rolle, wie sie von der Reichsregierung unter Friedrich Ebert gewollt war: Nicht Vollzugsorgane in einer revolutionären Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung in Deutschland folgenden „Räterepublik“ sollten sie sein; sie sollten den geordneten Übergang in eine parlamentarische Demokratie regeln, der man später den Namen „Weimarer Republik“⁷ geben sollte.

⁶ Erklärung des ASR zur Auflösung am 20. August 1919

⁷ Die Weimarer Republik, die republikanisch-demokratische Staatsform Deutschlands in den Jahren von 1918 bis 1933, ist benannt nach dem Ort, an dem die Verfassungsgebende Nationalversammlung vom 6. Februar bis zum 30.

Nicht um eine revolutionäre Umgestaltung Deutschlands, nicht um direkte Volksherrschaft, sondern um einen unter Wahrung von „Ruhe und Ordnung“ sich vollziehenden Übergang in eine parlamentarisch verfasste Demokratie ging es also von allem Anfang an der Führungsspitze der „Mehrheits-Sozialdemokraten“ unter Friedrich Ebert⁸, dem Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten und späteren Reichspräsidenten. Heute wissen wir, dass es schon während des Sturzes der Monarchie eine dieser Zielsetzung entsprechende geheime Absprache Eberts mit der Führung der Reichswehr gab. Als ihr Vollstrecker zur Niederschlagung der Arbeiter- und Soldatenräte und ihrer bewaffneten Kräfte fungierte dabei der Mehrheitssozialist, Reichswehrminister Gustav Noske, der sich selbst in diesem Zusammenhang als „Bluthund“ bezeichnete. Er beauftragte die immer noch monarchistische Reichswehr und extremistische Freikorps, die Räterepublik in München niederzuschlagen und verfügte das Standrecht. Dies bedeutete, jeder mit der Waffe in der Hand aufgegriffene Anhänger der Räterepublik konnte sofort erschossen werden. Was dann auch rigoros umgesetzt wurde. Dies führte zur endgültigen Spaltung der Linken und der Arbeiterbewegung im Deutschen Reich, die im übertragenen Sinne bis heute angehalten hat.

Die Frage: „Was wäre gewesen, wenn [...]“, ist im wissenschaftlich-historischen Kontext sinnlos, weil mögliche Antworten stets nur spekulativer Natur sein könnten. Wohin eine Verwirklichung der „Räte-Idee“ im Sinne einer direkten Volksherrschaft in Deutschland und Bayern geführt hätte, wissen wir nicht. Sehr wohl bekannt ist uns dagegen das Ende der kurzlebigen „Weimarer Republik“ und ihre Rolle als Übergangsregime hinein in die Katastrophe des Nationalsozialismus. Die Kräfte, die als Freikorpsoffiziere die Revolution und Räte-macht niederschlugen, waren die ersten, die sich bei den Nationalsozialisten sowie ihrer Organisationen SA und SS wiederfanden. Sie waren damit diejenigen, die ein gutes Jahrzehnt später die Macht an sich reißen und Deutschland in den Zweiten Weltkrieg mit Millionen von Opfern sowie in einen in der Geschichte der Menschheit beispiellosen Massenmord an den Juden führen sollten.

Warum ist die Revolution am Ende gescheitert? Lassen wir Ernst Toller zu Wort kommen, einen der Anführer der ersten „bayerischen Räterepublik“:

September tagte (anschließend bis zum 21. Mai 1920 in Berlin). Obwohl die Verfassung erst am 11. August 1919 in Kraft trat und formal, wenn auch in der Substanz ausgezehrt, bis 1945 gültig blieb, rechnet man die Dauer der Weimarer Republik von der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 bis zur Bildung der Regierung des Adolf Hitler am 30. Januar 1933.

⁸ Friedrich Ebert, geboren am 4. Februar 1871 in Heidelberg, gestorben am 28. Februar 1925 in Berlin, gelernter Sattler, seit 1889 Sozialdemokrat, ab 1893 Redakteur in Bremen, hier Vorsitzender der SPD-Fraktion und 1905 Sekretär des SPD-Parteivorstandes. Seit 1912 ist Friedrich Ebert Mitglied des Deutschen Reichstages, 1913 neben Hugo Haase Parteivorsitzender. Beim Ausbruch der Novemberrevolution, die Friedrich Ebert zu verhindern suchte, übergab ihm Prinz Max von Baden am 9. November 1918 das Amt des Reichskanzlers. Neben dem bereits erwähnten Hugo Haase übernahm er den Vorsitz im Rat der Volksbeauftragten. Sein „Pakt“ mit General Wilhelm Groener wurde zur Basis der antirevolutionären Ordnungspolitik. Als Reichspräsident (bis 1925) trug er zur relativen Stabilisierung der krisenerschütterten Republik bei, aber auch zum Verzicht auf weitgehende Republikanisierung von Heer und Verwaltung. Seine letzten Amtsjahre waren überschattet von maßloser Hetze politischer Rechtskreise. Zu Friedrich Ebert vgl. MASER, Werner: Friedrich Ebert. Der erste deutsche Reichspräsident. Eine politische Biographie. München 1987.

„Hatten die Menschen gelernt aus Opfern und Leiden, aus Niederbruch und Verhängnis, aus dem Triumph des Gegners und der Verzweiflung des Volkes, hatten sie Sinn und Mahnung und Verpflichtung jener Zeiten begriffen?“⁹. Zunächst hat er es gedacht, vergebens gehofft, und dann hat er es aufgeschrieben, der Mann, der „eine der lautesten und tragischsten Gestalten jenes deutschsprachigen Expressionismus war, der in Dichtung und Politik keine unversöhnlichen Gegensätze sah“, von der politischen Realität jedoch enttäuscht wurde.¹⁰ Das Ergebnis seiner Gedanken, seiner analytischen Festschreibung, ist deprimierend. Es entspricht aber leider den Tatsachen, die er schonungslos aufzeigt, die das Scheitern der Revolution manifestieren. Denn schuldig, im Sinne von versagt haben, waren sie alle: „Die Republikaner, die die Republik ihren Feinden auslieferten. Die Gewerkschaftsfunktionäre, die über gefüllten Kassen die wachsende Gewalt des Gegners nicht sahen, der sie mit samt ihren Kassen fortfeigen sollte. Die Bürokraten, die den freien Mut, die Kühnheit, den Glauben erstickten. Die Realpolitiker, die taub waren für die Magie des Wortes, blind für die Macht der Idee, stumm vor der Kraft des Geistes“ und letztlich auch „die Revolutionäre, die über Thesen und Parolen den Willen des Menschen und seine Entscheidung vergaßen.“¹¹

Hatte Ernst Toller der Erste Weltkrieg als freiwillig Wehrdienst leistender Soldat noch zum humanitären Pazifisten werden lassen, so wechselte er bei Ausbruch der Revolution 1918 auf die Seite der Revolutionäre. Er nahm eine führende Stellung in der Bayerischen Räterepublik ein, eine Stellung in einer staatlichen Organisation „verzweifelter Arbeitermassen, die die bereits verlorene deutsche Revolution durch einen tollkühnen Handstreich retten wollen“. Aber eben nur wollen und nicht können; für eine Wende mit politischer, demokratischer Stabilität waren die Revolutionäre und ihre Anhänger nicht nur zu schwach und zu schlecht organisiert, sondern es fehlte ihnen auch die zielgerichtete Vision einer nicht nur temporär begrenzten Zukunft oder die vereinigende Kraft der Französischen Revolution. Und weil all diese Komponenten nur eine zeitlich begrenzte Hoffnung von angestrebter Freiheit und Menschlichkeit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit, kurz, der Traum von einer deutschen Demokratie blieben sollte, waren die Folgen furchtbar: Nach einer auf tönernen Füßen stehenden Republik von Weimar triumphierten Unfreiheit und Barbarei, und ein falscher Messias brachte ab 1933 genau das Gegenteil der angestrebten Ziele zusätzlich noch Tod, Elend und Verderben.

Neben Kommunisten und Sozialisten gehörten die Führung der deutschen Sozialdemokratie sowie Tausende ihrer Funktionsträger und Mitglieder im ganzen Land – auch in Aschaffenburg – zu den ersten Opfern der neuen verbrecherischen Machthaber. Doch sollten ihnen bald auch konservative, jedoch demokratisch gesinnte Bürger

⁹ TOLLER, Ernst: Eine Jugend in Deutschland. Hamburg 1963, S. 7.

¹⁰ Ernst Toller (1893-1939), expressionistischer Dramatiker, sozialistischer Schriftsteller, Revolutionär; vgl. Kurzbiographie im Anhang.

¹¹ Vgl. TOLLER (Anm. 9).

folgen. Der Aschaffener Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Matt, ein Demokrat mit nationaler und konservativer Grundeinstellung, zählte zu ihnen. Mit roher, gesetzwidriger Gewalt und unter ehrlosen und kränkenden Umständen wurde er von den Nationalsozialisten aus seinem Amt gejagt. Dieses Schicksal teilte er mit vielen Deutschen: Allzeit wachsam gegen wirkliche oder vermeintliche revolutionäre, umstürzlerische Machenschaften von „Links“, wurden sie am Ende Opfer der nicht – oder doch viel zu spät – erkannten Gefahr von „Rechts“.

Erst in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern wurde zwischen den verfeindeten Sozialisten und Sozialdemokraten die Einheit geschmiedet, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer antifaschistischen Grundhaltung und zu einer Verfassung in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) führte, die in Zukunft jeden Rassismus und Nationalismus ausschließen wollte und sollte. Die Entwicklung dieser beiden deutschen Staaten ist jedoch eine andere Geschichte.

Aschaffenburg im Herbst 2018

Johannes Büttner
Carsten Pollnick